# Der Rote Ortenauer

Mitgliederzeitung der SPD Ortenau

Ausgabe Dezember 2023 | Jahrgang 14


## „Es gibt Gründe, stolz zu sein!“

## Ehrungs- und Neumitgliederfeier der SPD Ortenau im Dezember 2023

# „Es gibt Gründe, stolz zu sein“

## SPD Ortenau ehrt neunzig langjährige Mitglieder

Es war eine große Versammlung am 1. Dezember im Offenburger Schillersaal, als SPD-Kreisvorsitzender Matthias Katsch neunzig verdiente Genossinnen und Genossen, darunter zehn Genossen, die der Partei sechzig und mehr Jahre angehören, ehrte. Darüber hinaus begrüßte er neue Mitglieder wie Rafik Alsawaf, der mit anderen syrischen Flüchtlingen im September in Paris eine syrische sozialistische Partei nach den Werten der SPD gründete (s. auch Seite 8 in dieser Ausgabe). Umrahmt wurde die Feier von Musikbeiträgen des ebenfalls neuen Genossen Zahel Samir Sofi am Klavier und dem SPD-Chor „Die Roten Socken“.

Eigens aus Brüssel angereist war die frühere Bundestagsabgeordnete Elvira Drobinski-Weiß, Mitglied im Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss. Matthias Katsch, SPD-Vorsitzender der Ortenau, ging in seiner Dankesrede auf die Ereignisse der letzten Jahrzehnte ein und merkte an, dass es nicht immer leicht war, SPD-Mitglied zu sein. Doch im Laufe der Zeit wurde des Öfteren der Kurs der Partei eindrucksvoll bestätigt.

Dabei gebrauchte er den Begriff „Ereignisdichte“, der erstmals zwischen Ende der 60er und Mitte der 70er Jahre auftauchte - als der Kalte Krieg noch auf dem Höhepunkt war. Es war auch eine Zeit, in der die SPD gemeinsam mit der FDP in einer Regierung Deutschland erfolgreich modernisierte. Eine Zeit des großen gesellschaftspolitischen Wandels.

Katsch erinnerte an die damaligen politischen Herausforderungen wie dem Jom-Kippur-Krieg, der Überfall von Ägypten und Syrien auf Israel, unterstützt von Jordanien und anderen, nur fünf Jahre nach dem Sechs-Tage-Krieg. Die Flugzeugentführungen der palästinensischen Terrorgruppe „Schwarzer September“ - damals ein völlig neues Phänomen - sowie an das Massaker bei den Olympischen Spielen in München, an den Terror der RAF in Deutschland und an den Kniefall von Willy Brandt in Warschau. Weiter erinnerte er an den Friedensnobelpreis für Willy Brandt, die Ölkrise und die intensiv geführten Diskussionen um die Grenzen des Wachstums.

Der SPD-Kreisvorsitzende stellte die Fragen: „Kommen uns die Themen nicht bekannt vor, wenn wir heute 50, 60 Jahre zurückblicken in die Zeit, in der manche unserer Jubilare politisch aktiv wurden? Haben wir nicht wieder das Gefühl, dass alles zusammenkommt, dass es uns überfordert, dass einfach zu viel passiert?“ Matthias Katsch verwies hier auch auf Olaf Scholz, der kürzlich sagte, dass kaum eine Regierung so unvermittelt nach Regierungsantritt solchen Megaereignissen gegenüber gestanden hat, wie die vielgescholtene Ampel. Die Regierung, die deutlich besser als ihr Ruf ist - unter anderem aufgrund der besonderen Erfolge in den Bereichen Arbeit und Soziales - angefangen beim Mindestlohn. Die ungewöhnlich lange Liste der zu Ehrenden begründete Katsch: „Durch die Covid-Pandemie sind wir mit unseren regulären Präsenzveranstaltungen in Verzug geraten.“

Gastrednerin Elvira Drobinski-Weiß, die 14 Jahre lang die Ortenau im Bundestag vertreten hat, meinte: „Schaut man auf die Umfragen, könnte einem angst und bange werden.“ Doch sie sei sicher, dass „die wirtschaftliche Erholung einsetzen wird“. Selbstkritisch räumte sie ein, dass die Ampel ein zerstrittenes Bild abgebe, die FDP den Eindruck mache, noch nicht in der Koalition angekommen zu sein und die SPD „besser werden“ müsse. Doch wenn es ums Regieren gehe, bezweifle sie, dass Friedrich Merz die Alternative sei. Elvira: „Es ist die historische Aufgabe der Sozialdemokratie, möglichst alle mitzunehmen“. Nur die SPD könne den derzeit notwendigen Transformationsprozess leisten.

Leider werde heute vergessen, was die aktuelle Bundesregierung getan hat, um alle gut durch die Corona-Pandemie zu bringen, bedauerte Drobinski-Weiß. Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes werde jetzt umso deutlicher, wie wenig selbstverständlich es sei, so viel Geld für die Gesellschaft aufzubringen wie bei Corona.

Sie forderte die Genossinnen und Genossen auf: „Lasst uns zusammenstehen und für eine gute, eine sozialdemokratische Politik streiten“ und „Antworten auf die Herausforderungen dieser Zeit“ finden, wie es einst Willy Brandt sagte.

Zum Schluss dankte Matthias Katsch den Vorstandsmitgliedern Martine De Coeyer, Saskia Ganter, und Richard Groß sowie den Jusos, vor allem Albert Stubbe, die mit ihrem Einsatz die Veranstaltung möglich machten.

*Dr. Jutta Hagedorn und Gerd Zimmermann*

# Halbzeitbilanz: Viel besser als der Ruf (1)

## Derya Türk-Nachbaur (MdB) erstellte eine Halbzeitbilanz der Arbeit der Ampelregierung.

**Der Anstoß für die Zwischenbilanz waren Gespräche mit Bürgerinnen und Bürgern, die Derya als besorgniserregend empfand. Konfrontiert wurde sie mit Unzufriedenheit und dem negativen Narrativ: „Die Ampel fährt das Land an die Wand!" Derya: "Das ist schlichtweg nicht wahr!" In den Gesprächen spürte sie die Verunsicherung der Menschen deutlich. Laut ihr scheint der allgemeine Frust ansteckend zu sein. Die Stimmung gegen den Staat, die Regierung, den Kanzler usw. werde angefeuert durch Rechtsextreme und bekomme Unterstützung von der Opposition.**

Derya zu ihrer Bilanz: „Ich möchte nicht die Realität verschönern, sondern lediglich sachlich informieren, was wir alles in den letzten 21 Monaten bewältigt haben. Vorweg: eine aktuelle Studie der Bertelsmann Stiftung bescheinigt der Regierung gute Arbeit. Derya weiter: „Wir sind fest entschlossen, die Versprechen aus dem Koalitionsvertrag weiterhin gut umzusetzen. All das, was nachfolgend aufgeführt ist konnten wir trotz Corona, trotz russischem Angriffskrieg, trotz Energiekrise umsetzen."

Derya Türk-Nachbaur (MdB) mit Bundeskanzler Olaf Scholz

### Die Ergebnisse:

**Bürgergeld:** Mit dem Bürgergeld lassen wir Hartz IV hinter uns. Die Karenzzeit für Wohnen und Vermögen in den ersten zwei Jahren sorgt dafür, dass das Lebensumfeld erhalten bleiben kann. Die Regelsätze wurden deutlich erhöht, außerdem wird die Inflation künftig zeitnah berücksichtigt. Durch bessere Aus- und Weiterbildung werden Menschen gezielter in Arbeit gebracht.

**Weiterbildungsgeld**: Mit einem Coaching-Angebot und der Entfristung des sozialen Arbeitsmarktes unterstützen wir diejenigen, die es besonders schwer haben. Seit dem 1. Juli 2023 gelten das Weiterbildungsgeld von 150 Euro monatlich sowie höhere Freibeträge bei Hinzuverdienst.

**Mindestlohn:** Erhöhung des Mindestlohns auf über 12 Euro pro Stunde. Weitere Erhöhungen folgen in den nächsten Jahren.

**Renten:** Die Renten sind zum 1. Juli 2023 um 4,39 Prozent im Westen und um 5,86 Prozent im Osten gestiegen. Durch die Rentenerhöhungen wird die Rentenangleichung Ost ein Jahr früher erreicht als geplant. Mit dem Härtefallfonds hat der Bund darüber hinaus eine Stiftung zur Abmilderung von Härtefällen aus der Ost-West-Rentenüberleitung, für jüdische Kontingentflüchtlinge und jüdische Zuwander:innen aus der ehemaligen Sowjetunion sowie für Spätaussiedler:innen eingerichtet. Die Betroffenen konnten bis zum 30. September 2023 einen Antrag auf eine Einmalzahlung von 2.500 Euro stellen.

**Geld für Familien:** Zum 1. Januar 2023 wurde das Kindergeld auf 250 Euro pro Kind angehoben. Auch der einkommensabhängige Kinderzuschlag ist für Familien mit geringem Einkommen auf bis zu 250 Euro monatlich angestiegen. Der nächste große Schritt wird die Kindergrundsicherung sein, mit der familienpolitische Leistungen gebündelt und so Kinderarmut wirksam bekämpft werden soll.

**Das Wohngeld-Plus:** Seit dem 1. Januar 2023 haben mehr Personen Anspruch auf Wohngeld – bis zu zwei Millionen Haushalte statt wie zuvor 600.000. Eine Heizkosten- und Klimakomponente wird dauerhaft ins Wohngeld integriert. Durchschnittlich steigt das Wohngeld um rund 190 Euro pro Monat. Das bedeutet mehr als eine Verdoppelung. Mit dem Wohngeld-Plus helfen wir also bei den Miet- und Nebenkosten. Für viele Haushalte mit niedrigem Einkommen sind die Wohnkosten deutlich zu hoch.

**Zukunftsicherheit:** Wir wollen Deutschland modern und zukunftssicher machen. Dafür müssen wir schneller werden – bei der Energiewende, beim Bauen und bei der Infrastruktur, beim Straßen- und Schienenbau, insbesondere im Planungs- und Genehmigungsverfahren. Ausbau und Nutzung von erneuerbaren Energien haben künftig Vorrang. Wir brauchen mehr Wohnungen und müssen schneller bauen, deshalb haben wir die Verfahren durch die Vermeidung von Doppelprüfungen und kürzere Genehmigungsfristen auf kommunaler Ebene gestrafft. Zudem werden wir mehr Prozesse digitalisieren.

*Fortsetzung auf der nächsten Seite ...*

# Halbzeitbilanz: Viel besser als der Ruf (2)

## Derya Türk-Nachbauer (MdB) erstellte eine Halbzeitbilanz der Arbeit der Ampelregierung.

**Fachkräfte:** Mit der Reform des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes wurde eines der modernsten Einwanderungsmodelle geschaffen. Wir verbessern die Integration von Fach- und Arbeitskräften. Die Erwerbseinwanderung wird künftig auf drei Säulen basieren: Qualifikation, Erfahrung und Potenzial. Wir vereinfachen die Anerkennung von Abschlüssen und eine Chancenkarte schafft mehr Möglichkeiten, zur Arbeitsplatzsuche nach Deutschland zu kommen. Die Trennung von Asyl- und Erwerbsmigration bleibt, es gibt keine Aufweichung der Tarifbindung und sozialen Standards und keine generelle Öffnung für Leiharbeit.

**Aus- und Weiterbildung:** Um gegen den Fachkräftemangel zu steuern, wird die Weiterbildungsförderung ausgebaut. Wir führen ein Qualifizierungsgeld als Lohnersatzleistung für die Beschäftigten in Betrieben im Strukturwandel ein. Während der Weiterbildung tragen die Betriebe die Weiterbildungskosten.

**Recht auf Ausbildung:** Wir führen Berufsorientierungspraktika ein und übernehmen Fahrtkosten, wenn die Ausbildung in einer anderen Region absolviert wird. Neu ist auch eine Ausbildungsplatzgarantie für junge Menschen, die keinen betrieblichen Ausbildungsplatz finden und in einer Region mit zu wenig Ausbildungsplätzen wohnen.

**Deutschlandticket:** Grünes Licht für einen günstigen öffentlichen Nah- und Regionalverkehr mit Bus und Bahn: Seit dem 1. Mai 2023 gibt es das Deutschlandticket, die deutschlandweite ÖPNV- und Regio-Flat für 49 Euro im Monat. Das Deutschlandticket revolutioniert den öffentlichen Nahverkehr. Es ist eine wichtige Entlastung für viele Pendler:innen und ein wegweisender Baustein der Mobilitätswende.

**Kinderheilkunde und Geburtshilfe:** Wir investieren 2023 und 2024 pro Jahr knapp eine Milliarde Euro mehr in Kinderheilkunde und Geburtshilfe. Das derzeitige System der Krankenhausfinanzierung führt dazu, dass diese Leistungen immer weniger angeboten werden. Im Zuge der anstehenden Krankenhausreform vermindert sich der wirtschaftliche Druck in Krankenhäusern und die Qualität der Behandlungen verbessert sich.

**Pflegende Angehörige entlasten:** Zum 1. Januar 2024 erhöhen wir das Pflegegeld und die Pflegesachleistungen. Wer Angehörige pflegt, kann künftig jährlich für bis zu zehn Arbeitstage je pflegebedürftiger Person das Pflegeunterstützungsgeld in Anspruch nehmen. Ab 2025 gibt es dann ein Entlastungsbudget, einen gemeinsamen Jahresbetrag für Verhinderungs- und Kurzzeitpflege. Für Eltern von schwerbehinderten Kindern unter 25 Jahren gilt es bereits ab 2024. Wir stabilisieren die Pflegeversicherung, indem wir die Beiträge moderat erhöhen. Familien mit mehr als zwei Kindern zahlen weniger.

**Menschen mit Behinderung:** Zu viele Unternehmen drücken sich davor, Menschen mit Behinderung einzustellen. Deshalb haben wir die Ausgleichsabgabe erhöht, die Arbeitgeber zahlen müssen, die keine schwerbehinderten Menschen beschäftigen. Die Einnahmen investieren wir in Förderungen und Lohnkostenzuschüsse für die Unternehmen, die Menschen mit Behinderung beschäftigen.

**Versorgung mit Kinderarzneimittel:** Fiebersaft, Antibiotika und andere Medikamente waren in Apotheken zuletzt oft Mangelware. Wir steuern dagegen, durch eine Lockerung der Preise für Kinderarzneimittel - Festbeträge und Rabattverträge werden abgeschafft - durch Anreize, um die Verfügbarkeit sicherzustellen, durch ein Frühwarnsystem bei Lieferengpässe. Pharmaunternehmen können ihre Abgabepreise einmalig um bis zu 50 Prozent erhöhen, die Krankenkassen tragen die Mehrkosten.

**Demokratiefördergesetz:** Damit schafften wir erstmals eine gesetzliche Grundlage, um zivilgesellschaftliches Engagement für unsere Demokratie dauerhaft zu stärken und zu fördern. Es geht um Prävention des Extremismus, indem wir die Arbeit von zivilgesellschaftlichen Einrichtungen langfristig absichern und wissenschaftlich begleiten.

**Verkleinerung des Bundestages:** Ab der nächsten Bundestagswahl wird es nur noch 630 Abgeordnete im Deutschen Bundestag geben. Ausgleichs- und Überhangmandate und die Direktmandatsklausel fallen weg. Ausschlaggebend ist alleine das Zweitstimmenergebnis. Die Fünf-Prozent-Klausel bleibt.

**Sanktionenrecht:** Die Dauer von Ersatzfreiheitsstrafen, verhängt wenn z. B. Geldstrafen nicht bezahlt werden, wird halbiert, was eine Kostenentlastung der öffentlichen Hand bedeutet. „Geschlechtsspezifische“ und „gegen die sexuelle Orientierung gerichtete“ Tatmotive führen zu höheren Strafen.

**Hinweisgeber:innen schützen:** Menschen, die den Mut haben, auf Missstände hinzuweisen, leisten einen wichtigen Beitrag für die Allgemeinheit. Diese Personen brauchen Schutz, damit sie sich überhaupt melden. Die neuen Regelungen schützen u. a. Arbeitnehmer:innen, die Missstände in ihren Betrieben aufdecken, vor Repressalien.

**Tierhaltung:** Durch die beschlossene Tierhaltungskennzeichnung für Schweinefrischfleisch im Lebensmitteleinzelhandel können Verbraucher:innen erkennen, wie ein Tier gehalten wurde. Noch in diesem Jahr wird dieses Gesetz für verarbeitete Produkte sowie Außer-Haus-Verpflegung und Gastronomie erweitert. Weitere Tierarten wie Milchkühe, Mastbullen oder Geflügel folgen ab 2024.

# Nie wieder ist JETZT!

Liebe Genossinnen und Genossen,

uns alle bewegt derzeit sehr, in welch unruhigen Zeiten wir leben. Zuletzt hat uns der brutale mörderische Angriff der Hamas auf Israel entsetzt. Beim Besuch der Emmendinger jüdischen Gemeinde habe ich erlebt, welche großen Sorgen sich unsere jüdischen Mitbürger um ihre Freunde und Verwandte in Israel machen, aber auch um ihre eigene Sicherheit in Deutschland. Wir müssen deshalb alles dafür tun, dass Antisemitismus bei uns keine Chance hat und jüdische Mitbürgerinnen und Mitbürger bei uns sicher leben können. Dazu gehört, schon in den Schulen Antisemitismus zu behandeln. Deshalb bin ich froh, dass die ursprünglich vorgesehenen Kürzungen für politische Bildung im Bundeshaushalt von der SPD gestoppt werden konnten. Wir müssen aber auch den strafrechtlichen Schutz von Jüdinnen und Juden verbessern, insbesondere ist der Volksverhetzungs-Paragraph nicht präzise genug. Wenn in Klassenzimmern oder in Chats gegen Juden gehetzt wird, muss das strafbar sein, es darf keinen Unterschied machen, ob jemand in der Kneipe oder in Chats gegen Juden hetzt. Es geht wohlgemerkt dabei nicht darum, dass an der israelischen Regierung keine Kritik geübt werden darf. Sondern es geht darum, von niemanden das Existenzrecht Israels in Frage stellen zu lassen und dafür zu sorgen, dass Jüdinnen und Juden in Deutschland sicher leben können. Ich finde, der Satz „Nie wieder ist jetzt“ bringt das genau auf den Punkt und wir alle sind hier gefragt.

Dr. Johannes Fechner, MdB, Parlamentarischer Geschäftsführer und Justiziar der SPD-Bundestagsfraktion

Das politische Topthema war das Urteil des Bundesverfassungsgerichts, das eine jahrelange Praxis von früheren CDU-Bundesregierungen, aber auch CDU-Landesregierungen beendet hat: Das Verfassungsgericht hat es mit der Schuldenbremse für unvereinbar erklärt, wenn in einem Jahr Schulden aufgenommen werden und die hieraus gewonnenen Mittel aber erst in Folgejahren ausgegeben werden. Es gilt nun aktuell 18 Milliarden Euro aufzutreiben und mittelfristig 60 Milliarden Euro, um die wichtigen Maßnahmen für den Klimaschutz und den umweltfreundlichen Umbau unserer Industrie zu schaffen. Dazu gehören etwa Firmenansiedelungen, Ausbau erneuerbarer Energien, aber auch die Gas- und Strompreisbremsen. Ich setze mich dafür ein, dass wir die Gegenfinanzierung aus einem Mix verschiedener Maßnahmen bewerkstelligen, nämlich weniger Personaleinstellung in den Ministerien, Beschränkung unserer Ausgaben auf das Notwendige und auch ein Aufweichen der Schuldenbremse für öffentliche Investitionen. Die Schuldenbremse ist überholt, sie macht keinen Sinn, wenn wir nicht in unsere Zukunft wie Kitas, Schulen oder erneuerbare Energien und Verkehrsinfrastruktur investieren können. Hier muss sich die FDP bewegen, sonst landen wir in einer schweren Koalitionskrise, obwohl wir doch die Ampel-Streitereien aus dem Jahr 2023 eigentlich im neuen Jahr hinter uns lassen sollten. Ein grobes Foul-Spiel von Lindner war es, SPD und Grünen die Schuld zu geben, dass die Gastronomie jetzt 19 % Mehrwertsteuer wieder bezahlen muss. Ich habe mich für 7 % eingesetzt, weil die Gastronomie mit den steigenden Preisen, Personalnot und hohen Energiekosten erheblichen Belastungen ausgesetzt ist. Unsere Haushälter waren auf einem guten Weg der Einigung. Aber als das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes kam, hat Lindner diesen Einigungsweg gestoppt. Es war auch Lindner, der von Anfang an 19 % Mehrwertsteuer eingeplant hatte für seinen Haushalt, weil er diese Mehreinnahmen von 3 Milliarden Euro haben wollte. Unser Vertrauen in ihn ist deshalb auf dem Nullpunkt, weil er die 19 % wollte und letztlich durchgesetzt hat, dann uns aber dafür in einem Bild-Zeitungs-Interview die Schuld gegeben hat.
Wohl kaum hat es jemals eine Wahlperiode gegeben, bei der die Bundesregierung und die sie tragenden Fraktionen so vielen Herausforderungen ausgesetzt waren. Nichtsdestotrotz hilft Jammern nichts. Die Bürgerinnen und Bürger haben uns gewählt, um die großen Herausforderungen anzugehen. In diesem Sinne werden wir weiter für die Bürgerinnen und Bürger arbeiten.

Ich freue mich jedenfalls auf die politische Arbeit mit Euch zusammen auch im neuen Jahr und wünsche Euch jetzt fröhliche Weihnachten und dann einen guten Rutsch ins neue Jahr 2024!

Alles Gute und viele Grüße,
*Euer Johannes*

# Landesparteitag in Heilbronn

Die Ortenauer Delegation auf dem Landesparteitag 2023 in Heilbronn (v. l.): Erdi Ayhan, Helga Pfahler, Claire Eschenmann, Saskia Ganter, Matthias Katsch, Helmut Lind, Jakob Haß, Andrea Ahlemeyer Stubbe, Martine De Coeyer, Dorothea Hertenstein und Reda Andreescu.

**Auf dem Landesparteitag hat die SPD Baden-Württemberg ein klares Bekenntnis zur Europäischen Union abgegeben. In seiner Rede hat Landesvorsitzender Andreas Stoch klargestellt, dass wir froh sein können, in einem friedlichen Europa zu leben. Der Rechtsruck der Wähler in vielen europäischen Ländern und die Umfrageergebnisse in unserem Land zeigen, dass wir bei der Europawahl im Juni 2024 unsere demokratischen Strukturen in Europa und in Deutschland verteidigen müssen. Die demokratischen Parteien sollen miteinander arbeiten, so Stoch.**

Keine politische Veranstaltung kann heute stattfinden, ohne die Weltlage in den Blick zu nehmen. Wir haben in einer Resolution den terroristischen Angriff der Hamas auf Israel verurteilt und unsere Solidarität mit Israel ausgesprochen. Israel hat das Recht, sich gegen die Hamas im Rahmen des Völkerrechts zu verteidigen. Ziel im Nahen Osten muss weiterhin eine Zwei-Staaten-Lösung als Grundlage für ein friedliches Zusammenleben von Palästinensern und Israelis sein. In Deutschland können wir nicht akzeptieren, wenn die Brutalität der Hamas auf unseren Straßen bejubelt wird. „Als SPD Baden-Württemberg wehren wir uns gegen jede Form von Antisemitismus und Gewalt an Jüdinnen und Juden“, so unser Landesvorsitzender Andreas Stoch.

Intensiv diskutiert haben wir auch über Migration. Die Grundprinzipien einer sozialdemokratischen Asylpolitik sind klar: „Wir brauchen jetzt einen Pakt für menschliche, gut organisierte und geordnete Migrationspolitik. Als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten reichen wir deshalb allen demokratischen Kräften auf jeder staatlichen Ebene die Hand, die Herausforderungen gemeinsam zu lösen“, sagte unser Generalsekretär Sascha Binder.

In die Europawahl ziehen wir mit unserem Spitzenkandidaten René Repasi, der mit dem starken Ergebnis von 95,71 % gewählt wurde. René Repasi ist ein echter Europäer, den die europäische Idee im tiefsten Inneren antreibt. In seiner Rede betonte er: „Im Angesicht der Unsicherheiten unserer Zeit muss Europa Schutzmacht der Schwächeren sein. (…) Mit einem selbstbewussten Binnenmarkt und Lieferketten, können wir die Menschenrechte und Umwelt schützen“.

Auf den zweiten Platz wurde Vivien Costanzo aus Freiburg gewählt. Mit Blick auf alle elf Kandidierenden, die der Parteitag für die Europawahl nominierte, sagte Andreas Stoch: „Ich bin stolz, dass wir mit so vielen jungen Kandidatinnen und Kandidaten in die Europawahl ziehen.“

## Sieben Anträge kamen aus der Ortenau:

Wettbewerbsfähige Strom- und Energiepreise für die produzierende Wirtschaft (KV)

Französisch als erste Fremdsprache beibehalten (KV)

Mehr Bildung zur EU (KV)

Sozialdemokratie für Syrien (KV)

Neophyten Bekämpfung Öko-Konto OV Kinzigtal)

Infrastruktur im Außenbereich (OV Kinzigtal)

Solar auf Lärmschutz (OV Kinzigtal)

# Podiumsdiskussion zur EU

**Die SPD Ortenau hatte zu einer Podiumsdiskussion über Europa ins Kasino Offenburg eingeladen. Die Veranstaltung war als Einstimmung auf die im kommenden Jahr stattfindende Europawahl gedacht. Die Fragen der Teilnehmer zur EU beantworteten Vivien Costanzo, SPD-Kandidatin für das Europa-Parlament, Elvira Drobinski-Weiß, Mitglied des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (EWSA) und Prof. Bernard Jenaste, Secrétaire Fédéral du Parti Socialiste (PS) Bas-Rhin pour l'Europe.**

Gleich zu Beginn konnten die Veranstaltungsgäste an einem Quiz „Wie gut kennst du Europa?" teilnehmen. Fragen waren zu beantworten wie: Wie viel Staaten gehören zur EU? Welches Land grenzt nicht an die EU? Wie viele Menschen leben in der EU? Die Teilnehmer mit den meisten richtigen Antworten erhielten als Preis eine Flasche Wein. Nach dem Quiz ging es richtig zur Sache. Gleich mehrere Teilnehmer wollten von den Politikern wissen, warum jede Wahl einstimmig entschieden werden muss, dadurch ist es Polen und Ungarn möglich, Entscheidungen der europäischen Vereinigung zu blockieren.

Elvira Drobinski-Weiß berichtete, dass hier allgemein inzwischen eine große Unzufriedenheit herrscht. In der Brüsseler EU-Zentrale wird deshalb an einer Änderung des Wahlrechts gearbeitet. Überhaupt seien etliche Reformen in der EU geplant, mit dem Ziel, dass die Menschen in den einzelnen EU-Ländern künftig besser über die Arbeit der EU informiert werden. Vivien Costanzo sagte, dass sie an solchen Reformen gern mitarbeiten wolle. Sie glaube an die Vorteile und an die Bedeutung, der europäischen Vereinigung. Sie sagte, dass es wichtig sei, ein solches Bündnis zu haben, weltweit entstünden immer mehr länderübergreifende Wirtschaftsbündnisse, da sei es sehr wichtig, dass es auch eine funktionierende, starke EU gebe.

Die Moderatorin Martine De Coeyer heizte die Diskussion an, indem sie von der ersten Podiumsdiskussion zu Europa berichtete, die im vergangenen Frühjahr in der Universität Straßburg unter der Leitung von Bernard Jenaste stattfand. Sie berichtete von der Erkenntnis, dass jüngere Menschen Vorteile der EU nennen konnten wie: freies Reisen, offene Grenzen, der Euro als einheitliches Zahlungsmittel, Studieren oder Wohnen überall in der EU.

Elvira Drobinski-Weiß bestätigte diese Erkenntnisse der ersten Europa-Podiumsdiskussion in Straßburg entsprechend ihren Erfahrungen. Sofort gab es über zehn Wortmeldungen. Aus der Diskussion wurde klar, dass jede Generation eine andere Sicht auf die Vorteile hat, geprägt durch die eigenen Erfahrungen und Lebenssituationen.

Laut Bernard Jenaste bauen die Rechtsradikalen in allen EU-Ländern auf Unkenntnis. So können die rechten Kräfte über die EU leicht Unwahrheiten verbreiten und finden keinen Widerspruch, dafür aber neue Anhänger. In Großbritannien könnte man derzeit nachvollziehen, wohin das führt, so Elvira Drobinski-Weiß. Sie sagte, dass mittlerweile eine Mehrheit der Briten wieder in die EU zurückwollten.

Jenaste warnte in diesem Zusammenhang die Teilnehmer vor den Strategien der Rechtsradikalen und verwies dabei auf den französischen „Front National" mit der Politikerin Le Pen an der Spitze. Es werde viel versprochen, doch vieles wird in der Praxis nicht gehalten. Er nannte auch ein Beispiel. So wurde in Toulon ein Bürgermeister gewählt, der dem „Front National" angehörte. Während des Wahlkampfes hatte er den Bürgern viel versprochen, um die drängenden Probleme der Kommune zu beseitigen. Seine erste Amtshandlung war, die Stadtbibliothek von politisch unliebsamen Büchern zu „säubern". Dagegen protestierten die Bürger, heute ist er kein Bürgermeister mehr.

Bernard Jenaste wie Vivien Costanzo deuteten hier auf eine neue Gefahr hin. In vielen EU-Ländern gebe es heute Rechtsradikale, die gegen die EU seien, doch der Front National in Frankreich oder die Regierung von Giorgia Meloni in Italien haben ihre Sprache geändert. Sie reden nicht mehr von „Austreten" und in Wirklichkeit wollen sie das Bündnis radikal umbauen nach ihren Vorstellungen: ein „Europa der Vaterländer". Dabei dürfte die EU-Solidaritätslösung, starke Länder helfen den schwächeren, der Vergangenheit angehören.

Natürlich kam auch das Flüchtlingsthema zur Sprache. Hier verwiesen die Politiker auf unsere Bundesinnenministerin Nancy Faeser, die es endlich geschafft habe, in dieser Frage alle Innenminister an einen Tisch zu bekommen. Dies und die neuen geplanten EU-Reformen sollen für eine Entspannung der Situation sorgen. Aber es wird Kritik geübt. Aus Juso-Sicht ist diese Reform und der Vorschlag von Nancy Faeser untragbar und ein Verstoß gegen die Würde der geflüchteten Menschen. Die Jusos Baden-Württemberg haben sich in einem offenen Brief an René Repasi (MdEP) gewandt, um die Reformen zu verhindern.

Zum Schluss meinte Vivien Costanzo, dass sie in der EU vor allem an Lösungen mitarbeiten wolle, die sich an jüngere Menschen richten. In diesem Zusammenhang lobte sie die Initiative „Europe Talks" (https://www.mycountrytalks.org), die sich mit ihren Veranstaltungen unter dem Aspekt „Europa gemeinsam denken" vornehmlich an jüngere EU-Bürger richtet. „Solche Angebote muss es mehr geben", so Costanzo.

*Martine De Coeyer*

# Gründung der Syrisch-Demokratischen Sozialpartei

**Rafik Alsawaf floh nach Deutschland, als er 14 Jahre alt war. Seine Eltern überredeten ihn, da sie für ihn keine Zukunft in Syrien sahen. Er gehört wie viele andere Syrier zu den Menschen im Exil, die auf Grund ihrer politischen Einstellung nicht zurückgehen können, solange das Assad-Regime über das Land herrscht. Er lebt in Gengenbach und ist dort Mitglied im Ortsverein.**

In einem Gespräch für dem **"Roten Ortenauer"** hat er erzählt, wie er sich für sein Land einsetzt:

„Wir sind eine syrische politische Partei, der Syrer auf der ganzen Welt angehören und die darauf abzielt, den Zustand der Diktatur in unserem Land zu beenden und zu einem pluralistischen politischen System überzugehen, das soziale Gerechtigkeit und ein freies, menschenwürdiges Leben gewährleistet.

Rafik Alsawaf

Wir werden unsere Sache nicht vergessen und versuchen, von Europa aus zu arbeiten. Wir verfügen über neue Werkzeuge für die politische Arbeit, die wir hier gelernt haben.

Unsere Arbeit ist nicht einfach, aber wir werden unser Bestes geben, damit der syrische Mensch in Würde leben und seine Meinung in absoluter Freiheit äußern kann. Wir wollen ein syrisches, nationales politisches Gremium bilden. Unser vorrangiges Ziel ist ein freies Syrien. An der Partei haben in den letzten zwei Jahren junge syrische Männer und Frauen in der Diaspora mitgearbeitet.

Die Idee, ein aktives Mitglied dieser Partei zu werden, kam mir durch einen Freund, der einen Sinn für Patriotismus und hohe Verantwortung hat. Ich bin derzeit Mitglied des Führungsgremiums und Direktor des Organisationsbüros.

Unsere Gründung fand am 23. September 2023 in Paris statt. An der Zeremonie nahmen viele politische Persönlichkeiten sowie andere syrische Parteien teil. Auch arabische und syrische Medien waren anwesend, um über die Veranstaltung zu berichten."

**Im Gründungsdokument ist das Programm der Partei in 15 Punkten festgehalten:**

- Aufbau eines demokratischen politischen Systems mit Gewaltenteilung, das den effektiven Respekt der Menschenrechte gewährleistet.
- Anwendung einer Übergangsjustiz für die strafrechtliche Verfolgung der Täter von Verbrechen aller Parteien, die Aufdeckung des Schicksals der Verschwundenen und die Unterstützung der Opfer und ihrer Familien. Aufbau einer Grundlage für sozialen Zusammenhalt und umfassende Versöhnung.
- Förderung eines realistischen, ausgewogenen, umfassenden und nachhaltigen Wiederaufbauprozesses.
- Aufbau einer modernen, zeitgemäßen sozialen, wirtschaftlichen, gesundheitlichen und bildungspolitischen Infrastruktur.
- Schaffung einer nationalen Militär- und Sicherheitsinstitution, die der Autorität ziviler verfassungsmäßiger Institutionen unterliegt und die Sicherheit und Stabilität gewährleistet.
- Engagement für die Rechte der Frauen und die Gleichstellung mit Männern.
- Aufbau einer lokalen Verwaltungsebene von kommunalen Einheiten bis zur Gouverneursstufe an, für die Verwaltung der Bürgerangelegenheiten.
- Einrichtung von Arbeitsplätzen für die Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und Auslandsarbeit, Schaffung von Möglichkeiten für inländische und ausländische Investitionen, im Einklang mit den Arbeitnehmerrechten.
- Eine große Anzahl von Menschen aus der Armut und der niedrigen Einkommensklasse in die Mittelschicht heben.
- Außenbeziehungen gemäß internationalen und bilateralen Abkommen entwickeln im Rahmen der nationalen Interessen.
- Förderung des Friedens durch Ausbalancieren der globalen Interessen auf demokratische Weise. Zusammenarbeit mit der internationalen Gemeinschaft an Umweltreformen, insbesondere nach den Umweltschäden, die durch den Krieg entstanden sind.
- Entwicklung der Beziehungen zu den arabischen Ländern, den westeuropäischen Ländern und der Türkei (1/4 der syrischen Bevölkerung), um einen wissenschaftlichen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Aufschwung voranzutreiben und Stärkung der Beziehungen der Migranten zu ihrer Heimat.
- Unterstützung des Wandels in kulturellen Mustern, die mit Strukturen wie Konfessionalismus, Ethnizität und Stammesstrukturen sowie ihren Konflikten verbunden sind. Förderung der Beteiligung der Bürger an Institutionen, die ihre Lebensumstände und ihre Zukunft beeinflussen.
- Unterstützung für die Armen, Unterdrückten und Entrechteten. Errichtung eines gemischten Wirtschaftssystems, basierend auf dem privaten und öffentlichen Sektor mit kontinuierlicher sozialer Überwachung.

# Hausach: Dreifach-Zentrale im Kinzigtal (1)

**Dringend benötigte öffentliche Förderung bleibt aus - Landesregierung schiebt den Hausachern den Schwarzen Peter zu**

Kommunalpolitische Projekte sind erfolgreich, wenn Gemeinden zusammenhalten, sich gegenseitig helfen und die Landesregierung dabei mitzieht. In Hausach lässt die Landesregierung zu wünschen übrig. Sie lässt die Einwohner nicht nur im Stich, sie will sie auch besonders stark zur Kasse bitten, dabei den Stadtvorderen den Schwarzen Peter für einen in Stuttgart begangenen Fehler zuschieben. Die Hausacher wehren sich.

## Bildungszentrale im Kinzigtal

In Hausach haben das Robert Gerwig Gymnasium (RGG) als auch die Graf Heinrich Grund- und Gemeinschaftsschule in den letzten Jahren ca. 15 Millionen Investitionen in Schulraum und Ausstattung erhalten. Es gab zwar staatliche Zuschüsse, aber für Hausach blieb trotzdem eine bedeutende Investitionssumme. Beide Schulen bieten heute beste Voraussetzungen für erfolgreiches Lernen. Das zeigt sich auch bei der Schülerzahl und der Herkunft der Schüler. Über 80 Prozent der Gymnasiasten kommen von außerhalb. Und auch die Gemeinschaftsschule hat einen erheblichen Anteil auswärtiger Schüler. Das Unterrichtsangebot des RGG ist breit angelegt, sowohl in den Mint-Fächern als auch in den Sprachen, Sozial- und Geowissenschaften und ebenso in den musischen Fächern. Dazu kommt die Tatsache, dass das RGG eine erfolgreiche G9 Schule ist, was beweist, das G8-Konzept der damaligen Kultusministerin Schavan war kein pädagogisches, sondern ein finanzielles Sparpaket - immer mehr Eltern sehen das inzwischen auch so. Auch das Angebot der Gemeinschaftsschule bietet ein sehr breites Spektrum. Dazu gehört auch eine sehr gut ausgestattete Mensa für die ca. 2300 Schüler aller Schularten inklusive des beruflichen Kreisschulzentrums

Kinzigtalbad in Hausach: Halle mit Freibecken

## 80 Prozent der Gymnasiasten nicht aus Hausach

Das Hausacher Ganzjahresbad hat sich zu einem Magnet für Einheimische und Schwarzwaldtouristen entwickelt. Die Besucherzahlen liegen weit über den bei der Planung angesetzten Werten. Diese Entwicklung freut, davon profitieren auch die umliegenden Gemeinden, etliche von ihnen halfen finanziell bei der Planung und Entstehung mit und tragen auch einen Teil der laufenden Kosten. Zustande kam ein modernes, bezahlbares Hallen- und Freibad mit einem großen Angebot für Sport, Erholung, Freizeit, Ausbildung und Gesundheit mitten in schöner, grüner Umgebung. Während der Energiekrise, als alle Preise in die Höhe schossen, zeigte sich schnell, dass gut und weitsichtig geplant worden war: mit der Begrenzung des Wasservolumens konnten hohe zusätzliche Kosten vermieden werden. Doch auf dem Bad lastet natürlich noch eine Restschuld. Diese müssen die Hausacher aufbringen, was deren finanzielle Spielräume entscheidend einschränkt, nicht nur bei den Schulen und deren Kosten für Erhaltung und Betrieb, sondern auch hinsichtlich des Bahnhofs.

Beim Bahnhof fühlen sich viele Hausacher von der Stuttgarter Landesregierung nicht nur im Stich gelassen, sondern geradezu verschaukelt. Was war passiert? Auf eine große Freude folgte der totale Frust.

## Förderantrag in Stuttgart vergeigt

Die Freude: Der SPD-Bundestagsabgeordnete Johannes Fechner hatte auf seine Anfrage an das Bundesverkehrsministerium zur Sanierung des Hausacher Bahnhofs vom Ministerium die Antwort erhalten, dass der Bahnhof im Rahmen des bundesweiten Bahnhofkonzepts Plus modernisiert und damit barrierefrei werden solle. Die Finanzierung erfolge durch den Bund und das Land, jeweils zu 50 Prozent.

Der totale Frust: Die Frist für die Antragsstellung wurde in Stuttgart vergeigt. Daraufhin forderte die Landesregierung für die Realisierung plötzlich eine Eigenbeteiligung der Stadt Hausach von vier Millionen Euro. Diese Summe konnte während eines Gesprächs mit Ministeriumsmitarbeitern im Bahnhof Hausach zwar auf drei Millionen reduziert werden. Doch auch diese Forderung oder dieses „unmoralische Angebot“ aus Stuttgart hat der Gemeinderat mit großer Mehrheit aus Verantwortung den Hausachern gegenüber abgelehnt. Zu hoch wäre die Belastung des städtischen Haushalts beziehungsweise der knapp 6.000 Einwohner gewesen.

*Fortsetzung auf der nächsten Seite ...*

# Hausach: Dreifach-Zentrale im Kinzigtal (2)

## Vier Millionen Euro Eigenbeteiligung

Unabhängig hiervon, die SPD in Hausach ist überzeugt, dass mit der Forderung nach Selbstbeteiligung der Schwarze Peter von der Landesregierung, wegen des Versäumnisses der Antragsstellung an die Stadt Hausach weitergegeben werden sollte. Was auch die Meinung von Andreas Stoch, Vorsitzender der SPD Baden-Württemberg, ist. Für ihn gleicht der Vorgang einem Treppenwitz. Auch Derya Türk-Nachbaur, MdB des Wahlkreises Schwarzwald-Baar, zu dem Hausach gehört, sieht das genauso.

Noch immer ist die Situation unverändert, eine Änderung ist nicht in Sicht, trotz überregionaler Bedeutung des Bahnhofs. Aufgrund der fehlenden Barrierefreiheit am Bahnhof kommen behinderte Schüler mit dem Taxi. Die Schulen selbst sind natürlich barrierefrei! Viele Berufspendler und erwachsene Schüler fahren mit dem eigenen Auto zur Arbeit oder Ausbildung, weil es keine direkte, kurze Verbindung vom Bahnhof zum Industriegebiet und den Schulen gibt.

Bahnhof Hausach: Schienenlieferung für die Schwarzwaldbahn

Für viele Hausacher wirft die ganz Situation auch ein schlechtes Bild auf die Bahn selbst, und das gerade in der Eisenbahnerstadt Hausach. Waren hier doch die Schubloks stationiert, welche die Passagier- und Güterzüge die Steilstrecke hinaufwuchteten. Noch heute werden lange Güterzüge in der Kinzigstadt geteilt, abgestellt und in Teilen den Berg hinaufbefördert. Immer noch ist Hausach der Knotenpunkt für Bahnreisende und Schienentransporte von Unternehmen im Schwarzwald, Rhein- und Kinzigtal in Richtung Bodensee, Neckartal und in den Stuttgarter Großraum.

## Bahn blamiert sich

Die vorhandenen Gleisanlagen dienen des Öfteren als Parkplätze für Züge aus dem Badischen, auch als Abstellplätze bei Störungen oder technischen Problemen. Die Plätze anderswo sind sehr knapp, weil die Bahn sogenannte „unnötige Gleise“ aus Kostengründen abgebaut hat. Für die Eisenbahnerstadt spricht auch: Die gesamten Sanierungsarbeiten an der Schwarzwaldbahn werden von Hausach aus organisiert, was eine große Zahl von Arbeitszügen, Materialzügen und Baumaschinentransporte mit sich bringt. Obendrein ist der Hausacher Bahnhof Zwischenhalt für den Export von neuen Lokomotiven nach Südeuropa. In Hausach werden neue Triebfahrzeuge und Lokomotiven getestet, denn sie müssen ja diese Steilstrecke bewältigen. Sehr gefragt ist der Bahnhof bei Zug-Fans. Sie sorgen dafür, dass alljährlich viele historische Züge, einschließlich Dampfloks, von der Kinzigstadt aus Fahrt aufnehmen.

Zum Schluss noch ein Negativum, das vor allem die im Kinzigtal beheimateten Stahlproduzenten stört. Die DB ist für den zeitnahen, flexiblen, umweltfreundlichen Transport von großen Tonnagen einfach nicht in der Lage. Sehr viele LKW-Transporte könnten damit vermieden werden. Ob es in Berlin nochmals eine Chance bezogen auf die komplette Finanzierung des Bahnhofumbaus gibt, steht in den Sternen. Ebenso unklar ist, wann zumindest mit einer Teilverbesserung gerechnet werden kann. Doch die Hausacher, allen voran die SPD, wollen nicht lockerlassen. Die SPD kann sich ein schnelles Ende der derzeit verfahrenen Situation vorstellen, wenn es die grün-schwarze Landesregierung in Stuttgart nicht mehr gibt.

Das könnte sich spätestens 2026 bei der nächsten Landtagswahl ändern.

Schulzentrum Hausach

*Bernd Salzmann*

# Gegen Rechtsextremismus

**Die Kandidatin für den Offenburger Stadtrat, Jane Simon, Vorsitzende und Gründerin der Initiative für Sinti und Roma e. V. in der Ortenau, will als Stadträtin gegen Rechtsextremismus eintreten. Die Kommunalwahlen sind am 9. Juni 2024. Die Stadtrats-Kandidatin hielt auf der Mitgliederversammlung der Offenburger SPD eine bemerkenswerte Rede gegen Rechts. Martine De Coeyer nahm die Rede zum Anlass, nachzufragen: Welche Befürchtungen haben Sinti und Roma gegenüber der AfD?**

**Martine De Coeyer:** Ihrer Rede im Café Central in Offenburg ist zu entnehmen, dass Sie Deutschland auf keinem guten Weg sehen. Inwieweit ist Deutschland gefährdet?
**Jane Simon:** Der Rechtsextremismus in Deutschland gewinnt an Zulauf und Akzeptanz. Rechtsextreme verniedlichen oder leugnen sogar den Holocaust, bei dem rund 600.000 Sinti und Roma ermordet wurden. Ich frage mich, was für Menschen das sind. Die Nazis haben Millionen von Menschen ermordet, weil sie nicht in ihr Weltbild passten: Politische Gegner, Menschen mit Behinderung, Kriegsgefangene, Widerstandskämpfer, Polen, Russen, Juden sowie Sinti und Roma.

Jane Simon
*Foto: sinti-powerclub.de*

**Martine De Coeyer:** Manchmal ist zu hören, dass der Ansturm der vielen Flüchtlinge und die Folgen den Rechtsruck verursachen.
**Jane Simon:** Nein, das ist zu einfach gedacht. Denken und Handeln der Nazis greifen wieder um sich: Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Antiziganismus, Antisemitismus. Ich bin enttäuscht und verstehe es auch nicht! Haben die Deutschen aus ihrer Geschichte denn nichts gelernt? Wiederholt sich die Geschichte?

**Martine De Coeyer:** Geht es nach der SPD, wird sich die Zeit des Nationalsozialismus niemals wiederholen.
**Jane Simon:** Das beruhigt uns nicht wirklich. Entscheidend ist, wie die deutsche Gesellschaft, die Bevölkerung denkt. Die großen etablierten Parteien verlieren Wählerstimmen, nur die Partei der Rechtsextremen kann deutlich zulegen. Sie ist inzwischen die drittstärkste Partei in Deutschland, Tendenz steigend. Das macht mir und meinen Landsleuten Angst. Wenn ich über das Leiden und den Völkermord an uns, an den Sinti und Roma spreche, dann spreche ich über einen tiefen Schmerz und eine große Brandwunde. Der Holocaust ist ein Begriff für alle Sinti und Roma, bei dem ihnen der kalte Schweiß über die Stirn läuft, unabhängig davon, in welcher Art und Weise sie betroffen waren. Wie schon gesagt, wir hören, was Rechtsextreme sagen und machen uns große Sorgen. Ob sich rechter Terror wiederholen könnte? Wer sagt denn, dass er sich nicht gerade jetzt wiederholt? Die Würde des Menschen ist unantastbar, so beginnt unser Grundgesetz. Es ist unser aller Pflicht, die Würde des Menschen mit all unserer Kraft zu schützen.

**Martine De Coeyer:** Glauben Sie, dass die AfD eines Tages in Regierungsverantwortung kommt?
**Jane Simon:** Rechtsextreme in Regierungsverantwortung, das kann heute leider nicht mehr ausgeschlossen werden. Wir hoffen inständig, dass das nicht passiert und verhindert werden kann. Initiativen und Organisationen wie „Omas gegen Rechts“ und „Aufstehen gegen Rassismus“ machen uns Mut, damit es nicht so weit kommt. Überhaupt alle, die gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus kämpfen. Ebenso die klare Positionierung der SPD gegen das Denken und Handeln der Nazis. Sollte ich in den Offenburger Stadtrat gewählt werden, werde ich mich gegen Rechtsextremismus mit aller Kraft einsetzen.

**Martine De Coeyer:** Frau Simon, vielen Dank für dieses Interview.

*Martine De Coeyer*

OMAS GEGEN RECHTS

# Politik in herausfordernden Zeiten (1)

**Mehrere politische Aktionen fanden in diesem Jahr in der nördlichen Ortenau statt. Von politischen Veranstaltungen bis zu Besuchen örtlicher Unternehmen zeigte die Sozialdemokratie in der nördlichen Ortenau Präsenz.**

## Besuch von Gabi Rolland (MdL)

Mit Gabi Rolland besuchten wir unter anderem das Projekt „Agri-Photovoltaik-Anlage“ in Oberkirch-Nußbach. Geführt wurden wir dabei von Projektinhaber Herrn Dr. Vollmer, der sich für die Etablierung solcher Anlagen im Renchtal einsetzt. Zudem fand eine Besichtigung des Huberhofs in Achern-Wagshurst statt, um sich über die Landwirtschaft 4.0 zu informieren.

## Besuch von Landtagsvizepräsident Daniel Born (MdL)

Mit Daniel Born konnten wir den Vize-Präsidenten des Landtages begrüßen. Zunächst wurde die Kita in Renchen besucht, um die Herausforderungen in der Kleinkindbetreuung zu erörtern. Weiter ging es mit dem Besuch der Firma Weberhaus. Wohnraumknappheit und Fachkräftemangel stand hier an der Tagesordnung. Beendet wurde der Tag am Runden Tisch in Achern - einem Zusammentreffen der SPD Achern mit den Acherner Sozialverbänden.

## Besuch zu Jonas Weber (MdL)

Mit Jonas Weber, dem Landtagsabgeordneten aus Rastatt, besuchten wir den Zinkhof in Renchen. Ein junges Landwirtepaar übernahm den Hof in nächster Generation. Hier wurden die Probleme und Schwierigkeiten in der Landwirtschaft thematisiert.

## Veranstaltung zur Grundsteuer mit Norbert Bürkle-Kalusche

Mit dem Finanzbeamten und Genossen Norbert Bürkle-Kalusche fand in Renchen eine Veranstaltung zur Grundsteuer statt. Die sehr informative Veranstaltung lockte nicht nur viele Nicht-SPD-Mitglieder an, sondern unterstrich auch die Notwendigkeit der Thematisierung der Grundsteuer, sind doch viele Fragen für die Bürgerinnen und Bürger noch offen.

*Fortsetzung auf der nächsten Seite ...*

## Politik in herausfordernden Zeiten (2)

### Klaus Tovar in Renchen

Mit Klaus Tovar konnten wir den Leiter der Parteischule des Willy-Brandt-Hauses Berlin begrüßen. Klaus gab einen hervorragenden Input zur Notwendigkeit der SPD und motivierte uns in unserer Arbeit.

### Johannes Fechner (MdB) vor Ort

Mit MdB Johannes Fechner waren wir in der nördlichen Ortenau unterwegs. Zunächst stand ein Besuch in Renchen bei der Firma Erdrich an. Der Automobilzulieferer ist das größte Unternehmen in Renchen und steht wie die gesamte Branche vor einem Umbruch. Im Anschluss fand in Bad-Peterstal ein Besuch bei Bürgermeister Meinrad Baumann statt. Gemeinsam mit dem SPD-Stadtrat Andreas Kimmig informierte sich Johannes unter anderem über die aktuellen Herausforderungen im Kurort.

## Aus den Ortsvereinen

Am 07.10.23 wurden alle Besucher des Gengenbacher Markts herzlich zu Kaffee und Kuchen eingeladen. Durch viele interessante Diskussionen entstanden Vorschläge und Ideen für die Kommunalwahl 2024.

Bei der Jahreshauptversammlung der **SPD Rheinau** wurde Helmut Lind im Amt des Vorsitzenden bestätigt. Neu ist sein Stellvertreter: Für Roland Paasch, der den Wohnort gewechselt hat, wurde Uwe Acker gewählt. Kassierer bleibt Siegfried Koch, Beisitzer sind Horst Siehl und neu Karina Caspers. Heike Glaser wurde für 20 und Siegfried Koch für 45 Jahre Mitgliedschaft ausgezeichnet.

Kreisrat Horst Siehl informierte aus dem Kreistag, etwa zum geplanten Neubau des Klinikums Achern, der die medizinische Versorgung der nördlichen Ortenau sicherstelle. Ein interfraktioneller Antrag von SPD- und CDU-Kreistagsfraktion hätten dafür gesorgt, dass die medizinische Nachversorgung an den Standorten ohne Krankenhäuser durch Versorgungszentren (MVZ) geregelt wird.

Aus dem SPD-Kreisvorstand berichtete der stellvertretende Vorsitzende Erdi Ayhan aus Renchen. Derzeit werde geprüft, wie sich die Ortsvereine der SPD durch eine eventuelle „Bündelung der Kräfte“ vor Ort besser präsentieren können, erklärte Erdi Ayhan.

*Foto (v. l.): Helmut Lind, Erdi Ayhan, Siegfried Koch und Uwe Acker.*

# Aus den Ortsvereinen und Arbeitsgemeinschaften

Bei den Vorstandswahlen der **SPD Ettenheim** wurde Wolfgang Mutter, Fraktionsvorsitzender der SPD im Ettenheimer Gemeinderat, einstimmig zum neuen Vorsitzenden gewählt. Beate Kostanzer (stellv. Vorsitzende), Gerd Dietrich (Kassierer) sowie Johann Oberle (Schriftführer) wurden in ihren Ämtern bestätigt. Rita Ohnemus, Markus Hummel, Andreas Kremer und Klaus Vögele gehören künftig als Beisitzer dem Vorstand an.

*Foto (hintere Reihe v. l.): Markus Hummel, MdB Johannes Fechner, Johann Oberle, Wolfgang Mutter, Klaus Vögele; (vordere Reihe v. l.): Rita Ohnemus, Gerd Dietrich, Beate Kostanzer.*

## Ehrungen bei der SPD Ettenheim

Isolde Krieger, Heinz Hug und Johann Oberle (jeweils 50 Jahre Mitglied), Fred Roll (40 Jahre), Markus Hummel (25 Jahre) und Beate Kostanzer (10 Jahre) erhielten eine von den Parteivorsitzenden Saskia Esken und Lars Klingbeil unterschriebene Dankesurkunde.

*Foto (v. l.): Markus Hummel, Fred Roll , Heinz Hug, Beate Kostanzer, MdB Dr. Johannes Fechner, Johann Oberle, Vorsitzender Wolfgang Mutter.*

Bei den Vorstandswahlen der **SPD Friesenheim** wurde Carolin Schröer zur Vorsitzenden gewählt. „Der erste Schritt ist nun gemacht: Es haben sich genügend Mitglieder bereit erklärt, eine Vorstandsfunktion zu übernehmen. Dafür sind wir Markus Rottler, Patric Stippich und Fred Kletzin dankbar. Nun gilt es eine starke Mannschaft für die Wahlen aufzustellen.

Und es ist, wie es ist: Wir kämpfen dafür, dass hier sozialdemokratische Strukturen erhalten bleiben. Dort, wo die SPD verschwindet, ist Platz für andere. Das kann man nicht wollen. Zu sagen, wie toll es für uns läuft, wäre nicht ehrlich. Vielleicht habt ihr ja Lust, unsere Mission hier zu verfolgen.

Das Ziel ist, bei der Kommunalwahl 2024 sichtbar zu sein und wieder SPD-Gemeinderäte zu stellen“.

*Foto (v. l.): Markus Rottler (Kassierer), Carolin Schröer (Vorsitzende), Fred Kletzin (Schriftführer), Patric Stippich (Stellv. Vorsitzender)*

Die Naturfreunde Gengenbach wurden 100 Jahre alt und luden Ende September rund um das Haus auf der Kornebene zu einem großen Fest ein. Natürlich war der OV Kinzigtal dabei. Die SPD und die Naturfreunde kooperieren seit den Anfängen. Dafür stand auch Martha Schanzenbach. Mit Live-Musik, hervorragender Versorgung und gutem Wein verbrachten alle Besucher einen tollen Nachmittag.

# Gedanken zum Krankenhauswesen in der Ortenau (1)

*Eine Glosse von Gerd Zimmermann*

Meine Freundin Helga gab mir die Broschüre „Agenda 2030 – Gesundheit. Gemeinsam. Gestalten“ mit den Worten: „Da steht fast alles über das künftige Ortenauer Krankenhausangebot drin. Auf dem Titelblatt war noch zu lesen: „Informationsbroschüre für die Bürgerinnen und Bürger des Ortenaukreises, Dezember 2019“. Da ich gerade aus Gengenbach kam und dort vor dem Areal des einstigen Krankenhauses das wundersame Schild „Klinikhotel“ gelesen sowie am Wochenende eine Diskussion mit Bernd über Fallbettzahlen und Investoren hatte, interessierte mich die vom Ortenau Klinikum herausgegebene Aufklärungsschrift schon. Vorweg sei gesagt: ich fand nichts Aufschlussreiches zu einem Klinikhotel, auch nichts, was Bernds Meinung widerlegen könnte. Bernd meinte: „Das Pflegepersonal in Berlin und Stuttgart, das für mehr Steuergelder für Krankenhäuser streikte, war nur für die Investoren bzw. Spekulanten auf die Straße gegangen, damit diese nicht ihre Rendite abschreiben müssten, weiterhin an Krankenhauspatienten verdienen könnten.“ Bernd war überzeugt; „Gemäß den Streikenden sollte in Deutschland alles so bleiben wie es ist, auch die Fallbettzahlen, nur mehr öffentliche Gelder sollten ins System gepumpt werden, einhergehend mit etwas mehr Einkommen für Ärzte und Pflegepersonal, damit sie ihre Arbeitsplätze nicht aufgeben und auswandern, sie die Inflation nicht spüren und die Investoren oder Spekulanten weiterhin an den Patienten verdienen können.“ Gerne hätte ich hierzu einige Informationen aus der Broschüre Bernd zugemailt, ihm gezeigt, dass er falsch liegt, nicht bei allen Krankenhäusern kassieren Investoren bzw. Spekulanten mit, sondern nur bei den privaten Häusern, so meine Hoffnung. Doch nichts diesbezüglich Erhellendes war niedergeschrieben. Nein halt, ich muss mich korrigieren. Auf den Seiten 12 und 13 war unter „Was geschehe ohne eine Agenda 2030?“ unter Punkt 8 aufgeführt: „Klinik wird wirtschaftlich unrentabel“. Ja, hatten die Broschürenmacher zu viel und ich zu wenig Ortenauer Wein getrunken? Welches nicht private hiesige Krankenhaus war denn heute noch rentabel, klagten deutschlandweit nicht alle unter den gestiegenen Kosten? Auch die Länder und Kommunen. Die Ahnung stieg in mir hoch: Die Lösung heißt Klinikhotel. Doch was genau ist ein Klinikhotel? Im Internet wurde ich fündig.

Auf der Website der Kaiser-Karl-Klinik, ein Klinikhotel in Bonn, ist klar und verständlich zu lesen; „Nach einem ambulanten Eingriff würde man gerne zu Hause so richtig verwöhnt und betreut werden. Oft fühlt man sich aber auch nach einem (akutstationären) Krankenhausaufenthalt noch nicht vollständig genesen und wünscht sich für einige Tage eine weitere hoch qualifizierte pflegerische Betreuung und die Sicherheit, dass immer ein Arzt in der Nähe ist. In vielen Fällen ist dies nicht möglich, da entweder keine Familienangehörigen mit im Haushalt leben, diese berufstätig sind oder der behandelnde Haus- oder Facharzt nicht jederzeit sofort erreichbar ist. Das Klinikhotel an der Kaiser-Karl-Klinik in Bonn ermöglicht es Ihnen, sich ohne Sorge, um die eigene Gesundheit zu kümmern und nach einem ambulanten Eingriff in einer Ihrem Krankheitszustand entsprechenden Umgebung zu erholen. Wir bieten Ihnen eine komfortable Unterbringung in Kombination mit der 24-Stunden-Betreuung durch unser qualifiziertes Pflegepersonal. Unser Klinikhotel verbindet die Fürsorge unseres Fachpersonals mit den Annehmlichkeiten gemütlicher Unterkunft und Verpflegung (Vollpension). Die ärztliche Versorgung erfolgt individuell nach Ihren Wünschen und Ihrem Bedarf. Sie bestimmen, ob die Ärzte Ihres Vertrauens, z. B. Ihr Operateur oder Ihr Haus-/Facharzt gerufen werden oder die Orthopäden und Internisten.“

Heidenei, gottlob gibt es jetzt Klinikhotels. Ich ahne, das Krankenhaus in Gengenbach wurde abgerissen, weil dort kein Patient richtig verwöhnt wurde und sicherlich fehlte es auch an der hoch qualifizierten pflegerischen Betreuung. Ja, die Klinikhotels wissen wie es geht, sie haben keine Personalprobleme, sie arbeiten mit fähigen Talentsuchern in Afrika, Südamerika und Asien, zum Beispiel in der Mongolei, zusammen. Sind Ärzte aus diesen Weltteilen medizinisch überhaupt auf dem neuesten Stand? Sicherlich, ich habe mir sagen lassen, dass Siemens seine hochkomplizierten High Tech-Medizingeräte weltweit verkauft, somit auch in die Mongolei. Weiter habe ich mir sagen lassen, das Siemens jeweils Bedienungskurse den Kunden anbietet – wo ist der An-/Ausschalter und so. Als ich hörte, dass Ärzte und Pflegepersonal aus der Mongolei nach Deutschland kommen, wahrscheinlich ebenso in die Ortenau, fragte ich mich sofort: sprechen die Deutsch, oder muss ich als Patient deren Sprache lernen?

Aber dann fällt mir der Satz auf der Webseite des Bonner Klinikhotels ein: „Sie bestimmen, ob die Ärzte Ihres Vertrauens, z. B. Ihr Operateur oder Ihr Haus-/Facharzt gerufen werden oder die Orthopäden und Internisten.“ Unabhängig davon, ob ich als Patient rufen kann oder nicht, ich könnte ja unpässlich, z. B. bewusstlos, sein - wer ruft dann? Und wen? Klar, mein Hausarzt ist der Arzt meines Vertrauens, doch wer weiß das und ist er immer der richtige Arzt?

*Fortsetzung auf der nächsten Seite ...*

## Gedanken zum Krankenhauswesen in der Ortenau (2)

Wohnt er auch im Klinikhotel? Immerhin würde er sich rund um die Uhr, also 24 Stunden um mich kümmern? Was macht er mit seinen anderen Patienten? Spontan fällt mir ein, wie sollte ich wissen, falls ich noch denken können sollte, welcher Arzt in einer Notsituation für mich gerade der richtige ist? Ich sehe schon, falls ich mal in ein Klinikhotel kommen sollte, absolviere ich zuvor einen medizinischen Grundkurs, sofern ich dazu noch in der Lage bin.

Beim erneuten Durchlesen fällt mir die Formulierung im Text des Bonner Klinikhotels auf; „Nach einem ambulanten Eingriff“ Ich werde unruhig. Wer in Gottes Namen würde so einen Eingriff bei mir in Gengenbach machen, es gibt ja kein Krankenhaus mehr!“ In der Broschüre von Helga finde ich die Antwort. Der Eingriff, die Operation, könnte in Kehl, Lahr, Offenburg oder Wolfach durchgeführt werden, dort gibt es noch Krankenhäuser. Wie komfortabel ist das denn? Vom Operationstisch gleich in den Krankenwagen, zum Transport ins Klinikhotel nach Gengenbach . Bist du nach einer Operation überhaupt transportfähig? Und dann, du kommst irgendwann hoffentlich noch lebend in deinem ach so schönen Patientenhotel an, wo es mit Familie und Freunden nichts wird, die werden von dir ferngehalten, sie könnten ja deine Genesung beeinträchtigen. Wie heißt es auf der Webseite doch so schön: „Das Klinikhotel Kaiser-Karl in Bonn ermöglicht es Ihnen, sich ohne Sorge um die eigene Gesundheit und ohne vermeidbare Belastung von Familie oder Freunden in einer Ihrem Krankheitszustand entsprechenden Umgebung zu erholen.“ Also bis jetzt waren meine Familie und meine Freunde für mich ein wichtiger Rückhalt. Bis jetzt – sicherlich meinte ich das nur. Bin ja ein Laie, der gottlob nicht so oft etwas mit Krankheiten zu tun hat. Ich weiß nur sicher, für meinen ersten Aufenthalt im Klinikhotel muss ich mich gründlichst vorbereiten.

*Eine Glosse von Gerd Zimmermann*

# Aus den Ortsvereinen

## SPD Hohberg feierte 50-jähriges Bestehen

Vor 50 Jahren, im Zuge der Verwaltungsreform, wurde der SPD Ortsverein Hohberg gegründet. Der Ortenaukreis ist ein Kind dieser Reform und auch die Gemeinde Hohberg. Die Hofweierer SPDler waren von Anfang an für diese Verwaltungsreform. Sie waren entschlossen, einen SPD Ortsverein Hohberg zu gründen, um in der neuen Gemeinde als schlagkräftige Partei auftreten zu können. Nun feierten die Mitglieder mit Gästen, Freunden und den Roten Socken das Jubiläum zum 50-jährigen Bestehen des SPD-Ortsvereins Hohberg im Nebenzimmer des Gasthauses Rössle in Hofweier.

Mit einem Grußwort bedankte sich Bürgermeister Andreas Heck für die geleistete Arbeit. Elvira-Drobinski-Weiß lies es sich nicht nehmen, auch wenn sie selber nicht dabei sein konnte, ein Grußwort - gelesen von Andrea Ahlemeyer-Stubbe) an die Hohberger zu richten. Der Nachbar-Ortsverein Neuried - vertreten durch Friedhelm Tscherter - überraschte mit einem Geschenk. Martine De Coeyer überbrachte vom SPD-Kreisverband Ortenau die besten Glückwünsche. Auch MdB Dr. Johannes Fechner überraschte mit einer Videobotschaft aus Berlin. Sehr schön waren die Liedbeträge der Roten Socken.

Die Roten Socken des Kreisverbands Ortenau sorgen insbesondere bei Jubiläumsfeiern - wie hier in Hohberg - mit ihren Liedern der Arbeiter-, Freiheits- und Friedensbewegung für eine authentische Stimmung.

**Bild links:** Die SPD Neuried feierte ihr 50-jähriges Bestehen. Vorsitzender Friedhelm Tscherter stellte die Festschrift vor und MdB Dr. Johannes Fechner ehrte Agnes Garnschröder für 30-jährige Mitgliedschaft.

*Foto (v. l.) Friedhelm Tscherter, Agnes Garnschröder und Dr. Johannes Fechner (MdB)*

# Rechtsextremismus nach 1945 (1)

**Gastbeitrag von „Fragen Sie Frau Eva“, einem Blog in Facebook und „satirischem Ratgeber für besorgte Bürger und Verschwörungstheoretiker - Mutmachseite für Demokraten“.**
**Es handelt sich um Teil 1. Die Reihe wird fortgesetzt!**

Lena Rastlos, das Maskottchen des Blogs

Als nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs, die Alliierten begannen Deutschland zu entnazifizieren, verwandelten sich viele ehemalige Nazischergen und Günstlinge wieder in ,,unpolitische Bürger”, Mitläufer und einige sogar zu Gegnern des Nationalsozialismus. Nicht wenige machten in der jungen Bundesrepublik oder auch in der Deutschen Demokratischen Republik (DDR), eine Parteikarriere.

Stellvertretend für viele westdeutsche Politiker waren Hans Globke und Reinhard Gehlen, als die wohl unrühmlichsten Beispiele der jungen Bonner Republik. Globke war Mitverfasser der Nürnberger Rassengesetze und später von 1953 bis 1963 Chef des Bundeskanzleramtes von Konrad Adenauer.
Reinhard Gehlen wurde im Mai 1942 Chef der ,,Abteilung Fremde Heere Ost”. Gehlen war in vielen Verbrechen gegen Juden, sowjetischen Kriegsgefangenen und Zivilisten verstrickt. 1956 wurde Gehlen erster Präsident des Bundesnachrichtendienstes (BND).
Auch in der DDR ging man bei der Entnazifizierung eher oberflächlich vor. Im Arbeiter und Bauernstaat existierten, laut SED-Meldung, keine Nazis, denn die waren ,,ja alle im Westen”, so log man ohne Reue.
So entwickelte sich in beiden Teilen Deutschlands eine Kultur des Wegsehens und des Leugnens.
Aber die Nazis waren nicht plötzlich verschwunden. Sie lebten unter uns, und viele waren Beamte, Lehrer, Richter, Polizisten oder Hochschulprofessoren. Historisches Stichwort der Hamburger Studenten zu jener Zeit: ,,Unter den Talaren, der Muff von 1.000 Jahren.”
Schnell wurden die Burschenschaften Keimzellen einer neuen rechten Bewegung. Von den sogenannten ,,Alten Herren” mit NS-Vergangenheit gefördert, wuchs hier ein neuer rechter Bodensatz heran. Erwähnt werden muss ebenfalls, dass reaktionäre Ex-Nazis auch Versuche unternahmen, in die Arbeiterschaft einzudringen.
1964 begannen rechtsextreme Kräfte, sich politisch neu aufzustellen. So kam es 1964 zur Gründung der NPD (2023 in „Heimat!“ umbenannt). Die NPD konnte nie ihre Nähe zur NSDAP verleugnen.
Bald kam es dann auch zur Neugründung weiterer rechtsextremistischer Parteien, wie der Republikaner (REP), die sich mittlerweile vom rechtsextremen Gedankengut distanzierten, die Deutsche Volksunion (DVU), die 2010 mit der NPD fusionierte oder die Europäische Arbeiter Partei (EAP), die rechte Verschwörungstheorien verbreitete und sich 1986 auflöste, aber immer noch als ,,Bürgerbewegung” existiert.
Auch wenn diese Parteien, politisch nie Erfolge erzielen konnten, waren sie doch ein ideales Biotop für rechtsextreme Kräfte in Deutschland. Wie zum Beispiel die „Wehrsportgruppe Hoffmann“ (WSG). Diese rechtsextreme Gruppierung wurde 1973 von Karl-Heinz Hoffmann gegründet und wurde 1980 als verfassungsfeindlich verboten. Die WSG gilt als Keimzelle oder Durchlaufstation des bundesdeutschen Rechtsterrorismus. So wurde das Oktoberfest-Attentat vom 26. September 1980 von einem früheren Mitglied der WSG durchgeführt. Die WSG knüpfte Kontakte zu anderen rechtsextremen Gruppierungen, wie die ANS/NA von Michael Kühnen, Manfred Roeders ,,Freiheitsbewegung Deutsches Reich”, dem ,,Kampfbund Deutscher Soldaten” von Erwin Schönborn und dem „Freundeskreis der NSDAP“.
Eine weitere Keimzelle des Rechtsextremismus stellte die ,,Wiking-Jugend“ dar. Sie wurde 1952 gegründet und 1994 verboten. Sie agierte in der Nachfolge der Hitler-Jugend und des Bundes Deutscher Mädel.
Die Heimattreue Deutsche Jugend e. V. (HDJ) war ein 1990 gegründeter deutscher Jugendverband, der das Werk der Wiking-Jugend weiterführte. Der Verein war in der rechtsextremen Szene verwurzelt und organisierte vor allem Zeltlager für Kinder und Jugendliche, die dort militärisch gedrillt und ideologisch geschult wurden. Die HDJ wurde 2009 verboten. Ihr bekanntestes Mitglied war Andreas Kalbitz, einstiger AfD-Landtagsabgeordneter und Höcke-Vertrauter.

Nach dem Fall der Mauer, nahm der Rechtsextremismus in Ost- wie in Westdeutschland zu. Dieser Zeitraum in den Neunziger- und Nullerjahren, ging als sogenannte ,,Baseballschläger-Jahre” in die deutsche Geschichte ein.

In Rostock-Lichtenhagen wurde zwischen dem 22. und 26. August 1992 die Zentrale Aufnahmestelle für Asylbewerber (ZAst) und ein Wohnheim für ehemalige vietnamesische Vertragsarbeiter, von einem gewaltbereiten Pöbel attackiert. Es war der Beginn einer Reihe von Anschlägen auf Flüchtlingsunterkünfte oder Wohnhäuser, in denen Menschen mit Migrationshintergrund lebten. An den Ausschreitungen beteiligten sich mehrere hundert rechtsextreme Randalierer und bis zu 3.000 applaudierende Zuschauer, die den Einsatz von Polizei und Feuerwehr behinderten. Auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzungen zog sich die Polizei zeitweise völlig zurück, und die im brennenden Haus Eingeschlossenen waren schutzlos sich selbst überlassen.

Am 23. November 1992 kommt es im schleswig-holsteinischen Mölln zum ersten rassistischen Anschlag im wiedervereinten Deutschland, bei dem Menschen getötet werden: drei Türkinnen sterben bei dem Brandanschlag.

*Fortsetzung auf der nächsten Seite ...*

# Rechtsextremismus nach 1945 (2)

In der Nacht auf den 29. Mai 1993 wurden bei einem rassistischen Brandanschlag in Solingen (NRW) auf das Haus der Familie Genç fünf Frauen und Mädchen mit türkischer Migrationsgeschichte getötet: Gürsün İnce (27), Hatice Genç (18), Gülüstan Öztürk (12), Hülya Genç (9) und Saime Genç (4). 14 weitere Familienmitglieder erlitten zum Teil lebensgefährliche Verletzungen.

Die Baseballschlägerjahre, waren jene Zeit, in der rechtsextreme ,,Jagd" auf Jugendliche der Punk- und Technoszene machten. Sie verprügelten außerdem Obdachlose und Migranten mit Baseballschlägern, oftmals bis zu deren Tod.

**In dieser braunen Gemengelage entwickelte sich der NSU und später die Reichsbürgerszene.**

## Die Anfänge des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU)

Bereits seit den 1990er-Jahren waren Uwe Böhnhardt, Uwe Mundlos und Beate Zschäpe in der Neonazi-Szene Thüringens aktiv. Sie gehörten zum Thüringer Heimatschutz (THS), einer Kameradschaft, die unter anderem Kontakte zur NPD pflegte. Aus dem Thüringer Heimatschutz entwickelte sich der Nationalsozialistische Untergrund (NSU).
Der NSU war eine neonazistische Terrorgruppe, die zwischen 2007 und 2009, zehn Menschen tötete und 43 Mordversuche unternahmen. Sie verübten drei Sprengstoffanschläge und 15 Raubüberfälle. Im Jahr 2011 verübten Mundlos und Böhnhardt Selbstmord. Beate Zschäpe stellte sich der Polizei. In der Folge verschwanden Akten, Mitarbeiter des Verfassungsschutzes wollten V-Leute decken. Die NSU-Akten sollten erst 120, dann 30 Jahre lang unter Verschluss bleiben, jedoch wurden sie am 28. Oktober 2022, durch das ZDF-Magazin Royale, veröffentlicht.

## Reichsbürger, keine ,,harmlosen" Spinner, sondern eine reale Gefahr für die Bundesrepublik.

Ein genaues Gründungsdatum für die „Reichsbürgerbewegung" kann nicht angegeben werden. Als erste feste Organisation in dem genannten Sinne gilt die „Kommissarische Reichsregierung" (KRR). Gegründet hatte sie 1985 der Eisenbahner Wolfgang G. G. Ebel, der sich selbst als „Reichskanzler des Staates Deutsches Reich" bezeichnete. Damit einhergehende Ansprüche führten zu Konflikten mit anderen Mitgliedern. Ab Mitte der 2000er Jahre begann eine Art Boom. Es entstanden weitere Gruppierungen oder Pseudo-Staaten mit unterschiedlichen Namen, Orientierungen und Praktiken. Unter ihnen auch Heinrich XIII. Prinz Reuß, der tatsächlich aus dem Hause Reuß stammt. Die Reichsbürger lehnen unseren Staat ab, sie sind meist bewaffnet und machen von ihren Waffen auch Gebrauch.
Trauriger Höhepunkt, war der Versuch einer Reichsbürgergruppe im Jahr 2022, mit Waffengewalt eine neue Regierung zu installieren. Bei der man auch Tote in Kauf genommen hätte. 23 Beschuldigte sitzen aufgrund dringenden Tatverdachts in Untersuchungshaft. Darunter sind der mutmaßliche Kopf der Gruppe, Heinrich XIII. Prinz Reuß, sowie die Berliner Richterin und ehemalige Bundestagsabgeordnete der AfD, Dr. Birgit Malsack-Winkemann.
Auch nach diesem Vorfall werden immer wieder neue Anschläge von Reichsbürgern durchgeführt.
Eine weitere Gefahr von rechts, stellen die sogenannten „Querdenker" dar. Obwohl diese selbsternannten Querdenker erst mit der Corona-Pandemie an Bedeutung gewannen, stellten Chemtrailgläubige, Flacherdler und Anhänger der Reptoloidentheorie, ihre Basis dar.
Auch jene Gruppierungen hielt man zuerst für harmlose Zeitgenossen, doch mit dem Aufkommen der Querdenkerbewegung von Michael Ballweg im April 2020 entwickelte sich hier eine neue Form des Rechtsradikalismus. Zwischen den Querdenkern und den Reichsbürgern gibt es zahlreiche Verknüpfungspunkte.

**Liebe Leserinnen, liebe Leser,**

**wenn Ihnen der Text gefallen hat, würde der Autor sich über Likes und Empfehlungen auf der Facebook-Seite "Fragen Sie Frau Eva" sehr freuen!**

# ASF heißt jetzt: SPD FRAUEN

Mit Beschluss des ASF-Bundesvorstandes, dem Beschluss des SPD-Parteivorstandes am 9. Oktober und Annahme im Rahmen der ASF-Bundeskonferenz im Sommer 2023 ist jetzt offiziell die Namensänderung Arbeitsgemeinschaft der 140.000 Frauen in der SPD umgesetzt. Aus ASF wird **SPD FRAUEN.**

SPD FRAUEN

Die Roten Socken sorgten bei der Ehrungs- und Neumitgliederfeier der SPD Ortenau im Schillersaal in Offenburg für die musikalische Umrahmung. Mit dabei war auch das neue Roll-Up (Mitte).
Am 23. Januar 2024 trifft sich Chorgruppe um 19 Uhr im Stadtteilzentrum „Buntes Haus“ in Offenburg zur ersten Chorprobe im neuen Jahr. Neueinsteiger:innen (auch Nichtmitglieder) sind herzlich zum Mitmachen und Mitsingen eingeladen!
Auch 2024 haben die Roten Socken wieder Einiges vor: Es ist ein Stimmbildungs-Workshop geplant, neue Songs sind in Vorbereitung und auch Auftritte sind bereits terminiert. Hier mit „Which Side are You on?“ ein Song aus der amerikanischen Arbeiterbewegung, der 2024 neu geprobt wird:
**Which side are you on?**

Das Lied **Which Side Are You On?** (dt. Sag mir, wo du stehst) wurde 1931 von Florence Reece (1900–1986) während eines Streiks der Bergarbeiter geschrieben. Interpreten waren neben Pete Seeger auch die Almanac Singers.

## Die Redaktion wünscht Euch ein frohes und friedliches Weihnachtsfest und einen guten Start ins neue Jahr!

Bleibt fit und gesund! Hier ein Fitness-Vorschlag für die Weihnachtsfeiertage auf YouTube:
**Rockin Around The Christmas Tree**

# Termine im Januar 2024

**Mittwoch, 03.01.2024, 18.00 Uhr**
Neujahrsempfang der SPD Renchen mit MdB Dr. Johannes Fechner im Haus der Jugend und Vereine in Renchen

**Donnerstag, 04.01.2024, 16.30 Uhr**
„Kaffee zwischen den Jahren“ der SPD Frauen im „Cappuccino“ in Gengenbach

**Samstag, 06.01.2024, 18.00 Uhr**
Geburtstagsfeier der SPD Gengenbach im Mercyschen Hof in Gengenbach

**Sonntag, 14.01.2024, 15.00 Uhr**
Neujahrsfest der SPD Hohberg im Bürgerhaus Hofweier

**Donnerstag, 25.01.2024, 19.00 Uhr**
Sven Plöger, der „Wetterfrosch“, kommt nach Hausach (Stadthalle)

**Sonntag, 28.01.2024, 13.00 Uhr**
Waldspeckessen der SPD Hohberg an der Blockhütte beim Hohhölzle in Hofweier

**Sonntag, 28.01.2024, 11.00 Uhr , Offenburg**
Pussy Hat Strick- und Häkel-Workshop der SPD Frauen

## Impressum
V. i. S. d. P: SPD-Regionalzentrum Südbaden
Merzhauser Str. 4, 79100 Freiburg
Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 20. Dezember 2023
**Redaktion „Der Rote Ortenauer“:**
Martine De Coeyer, Dr. Jutta Hagedorn, Helmut Lind, Petra Mayer-Kletzin, Helga Pfahler und Gerd Zimmermann
Unsere Arbeit für den „Roten Ortenauer“ ist ehrenamtlich.
E-Mail: zeitschrift@spd-ortenau.de
Internet: www.spd-ortenau.de
www.roter-ortenauer.de
Facebook: www.facebook.com/spdortenau
www.facebook.com/der-rote-ortenauer
Copyright © 2023 SPD Ortenau

## Bildnachweise
Seite 1: Volker Heicapell
Seite 2: Volker Heicapell
Seite 3: Derya Türk-Nachbaur
Seite 5: Dr. Johannes Fechner
Seite 6: SPD Ortenau
Seite 7: Gerd Zimmermann
Seite 8: Gerd Zimmermann
Seite 9: Bernd Salzmann
Seite 10: Bernd Salzmann
Seite 11: Sinti Powerclub e. V., Omas gegen Rechts DE
Seite 12: Erdi Ayhan
Seite 13: Erdi Ayhan, Josef Budai
Seite 14: OV Ettenheim, OV Friesenheim
Seite 15: Gerd Zimmermann
Seite 16: Gerd Zimmermann
Seite 17: Fragen Sie Frau Eva
Seite 18: SPD Frauen
Seite 19: Gerd Zimmermann, Helmut Lind